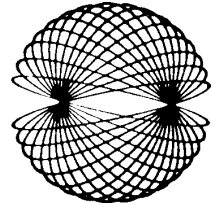


VEREIN BERLINER NERVENÄRZTE E. V.

Landesverband Berlin des Berufsverbandes Deutscher Nervenärzte (BVDN)



LANDESVERBAND Berlin
Der Vorstand
des Berufsverbandes der Nervenärzte

Berlin, den 19.02.01

An
Frau Gesundheitsministerin Schmidt
Mohrenstrasse 62
10117 Berlin

Fax: 206404861

Nachrichtlich an: Bundeskanzler Gerhard Schröder
Zeitschrift „Neurotransmitter“

Dr .med. Roland Urban
1.Vorsitzender
Turmstraße 76 A
10551 Berlin
Tel:030/392 20 21
Fax:392 30 52

Sehr geehrte Frau Ministerin,

aufgrund der aktuellen Gesundheitspolitik ist eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung der Bevölkerung in der Gesetzlichen Krankenversicherung gefährdet und droht verstärkt zu einer 2- bzw. 3- Klassen Medizin zu führen. Insbesondere die ambulante Versorgung ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Gesundheitssystems, die auch nach Ihren bisherigen politischen Bekundungen gefördert werden sollte. Umso unverständlicher sind die derzeitigen Entwicklungen in diesem Bereich.

Gerade wir Nervenärzte- Neurologen und Psychiater betreuen viele Schwerst- und Chronischkranke Menschen. In unserem Fachbereich sind in den letzten Jahren enorme wissenschaftliche Fortschritte erreicht worden. Alzheimer-Demenz, Schizophrenie, Depressionen, Schlaganfall, Multiple Sklerose, Migräne, Parkinson, HIV-Neurologie, Epilepsie und Schmerztherapie seien nur als einige Beispiele hervorgehoben. Die Therapie nach den neuesten medizinischen Standards nur eines Patienten, der an einer der o.g. Erkrankungen leidet, sprengt derzeit jedes Budget. Andererseits bieten die durch die Forschung entwickelten neuen Therapieoptionen endlich die Chance, Patienten länger und effizienter ambulant zu versorgen. Leider wird unsere qualitativ hochwertige Arbeit durch unnötige Bürokratisierung und Kontrolle massiv eingeschränkt und behindert. Wir treffen uns in unserer Freizeit in Qualitätszirkeln, entwickeln Behandlungsstandards nach aktuellem Forschungsstand und internationalen Leitlinien um am Ende bedauernd feststellen zu müssen, daß dies alles für unsere Patienten aus finanziellen Gründen nicht realisierbar ist.

Die offizielle Politik ebenso wie die Krankenkassen versichern den Patienten, sie würden alles medizinisch Notwenige selbstverständlich erhalten- dies ist eine bewusste Fehlinformation und unter den derzeitigen Voraussetzungen definitiv nicht möglich. Teure, aber wirksame Medikamente können innerhalb des vorgegebenen Budgets nicht verordnet werden, ebenso Physiotherapie.

Die Patienten sind zunehmend verunsichert und äußern uns gegenüber verständlicherweise ihren Unmut. Wir Ärzte sind nicht mehr länger bereit , die von der Politik erzwungenen Restriktionen, die wir für zutiefst unethisch halten, den Patienten gegenüber als notwendig zu vertreten. Wir wollen keine 2 Klassen Medizin- darauf läuft die bisherige Politik aber hinaus. Wir Ärzte werden nun unseren Patienten mitteilen, wer für die

derzeitige Situation verantwortlich ist. Da Sachverstand bisher nicht gefragt war, wenden wir uns verstärkt an die Öffentlichkeit.

Wir stöhnen hier nicht nur über unsere Honorarsituation, sondern prognostizieren folgende Entwicklung, wenn nicht einschneidende Korrekturen vorgenommen werden:
Steigender Krankenstand mit länger dauernden Krankschreibungen,
zunehmende Notwendigkeit stationärer Behandlung mit hohen Folgekosten
Patienten werden nicht mehr ausreichend versorgt, in der Folge sind in unserem Fachgebiet steigende Suicidraten nicht auszuschließen.

Bereits jetzt stellen wir trotz aller Begrenzungsmaßnahmen eine Erhöhung der Fallzahlen fest- einerseits im Gefolge des bereits vollzogenen Abbaus stationärer Betten, andererseits leiden die Menschen der wohlhabenden Regionen nach neuesten Erhebungen zunehmend an psychischen Störungen- in der BRD gilt jeder Fünfte als behandlungsbedürftig.

Wir haben schon einige Stufen der Gesundheitsreform erlebt, gerade die letzte Stufe hat nochmals entscheidende Verschlechterungen zur Folge:

Viele Praxen sind in Ihrer Existenz bedroht, Arbeitsplätze vorwiegend für weibliche Mitarbeiter und Teilzeitkräfte gehen verloren. Wenn 1000 Menschen in einer Firma entlassen werden, provoziert dies einen politischen Aufstand . Die Entlassung von 1000 Menschen in 500 Arztpraxen scheint keinen zu kümmern !!!

Wir fordern Sie auf, entweder für eine ausreichende Finanzierung im Gesundheits- System zu sorgen oder offen der Bevölkerung mitzuteilen, daß aus wirtschaftlichen Gründen Versicherte der gesetzlichen Krankenversicherung nicht mit einer Behandlung auf modernem medizinischen Niveau rechnen können, weil das Geld dafür eben nicht vorhanden ist. Dies müsste dann aber auch ehrlich gesagt werden.

Als Beleg für die o.g. Ausführungen schicken wir Ihnen anbei die an ihre Amtsvorgängerin sowie Herrn Bundeskanzler Gerhard Schröder gerichteten Briefe, in denen die Bevölkerung ihrer Besorgnis und steigendem Unmut Ausdruck verleiht.

Wir bitten um Ihre baldige Stellungnahme und möchten dies unsererseits als Angebot zu einem konstruktiven Dialog verstehen, um die zuletzt etwas verhärteten Fronten aufzulösen und eine für alle Betroffenen hilfreiche Lösung der schwierigen Probleme zu entwickeln.

Mit freundlichem Gruß

Dr.R.Urban

K.Nordmeyer

Dr.S.Kucharzyk

Dr.Ehret

Dr.Aurin

Dr.Imiela